

Das Zentralkomitee unserer Partei wandte sich in den Jahren 1959, 1960 und 1962 in offenen Briefen an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD mit Vorschlägen zur Aktionseinheit der Arbeiterklasse und zum Volkskampf gegen das Adenauer-Regime. Auch der Bundesvorstand des FDGB richtete 1961 „Offene Worte“ an die westdeutschen Arbeiter und Gewerkschafter zum gemeinsamen Kampf gegen Militarismus und zur Bändigung der Ultras. In diesen Dokumenten gingen Partei und Gewerkschaften davon aus, daß auf zahlreichen Gewerkschaftskongressen klare Beschlüsse zum Kampf gegen Atomrüstung, Notstandsgesetze und Ausbeutung gefaßt wurden. Es hatte sich eine beachtliche Volksbewegung gegen die Ausrüstung der westdeutschen NATO-Armee mit Atomwaffen entwickelt, Demonstrationen, Ostermärsche und Kundgebungen, Unterschriftensammlungen und die Bildung von Anti-Atom-Ausschüssen bewiesen den Widerstandswillen von Millionen Bürgern Westdeutschlands gegen die Atomkriegspolitik des deutschen Imperialismus und gegen die Kapitulationspolitik der SPD- und Gewerkschaftsführung. Der brutale Terror der Bonner Staatsorgane und die verräterische Politik der SPD-Führung und einer Reihe von Gewerkschaftsführern wurden zur Unterdrückung dieser Volksbewegung ins Feld geführt. In ihren Briefen an die Mitglieder, Funktionäre und Freunde der SPD und der westdeutschen Gewerkschaften machte unsere Partei klar, daß nur der entschiedene Kampf gegen Militarismus und Imperialismus, daß nur eine echte Alternative zur Politik Adenauers und die Vereinigung aller patriotischen Kräfte unter Führung der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten zum Erfolg der Volksbewegung in Westdeutschland führen kann. Unsere Partei stellte die Losung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse in beiden deutschen Staaten als dringlichste Voraussetzung für den Sieg der Demokratie in Westdeutschland auf.

Dem deutschen Imperialismus gelang es vorläufig noch, mit antikommunistischer Hetze, Korruption, Terror und durch den Verrat der SPD-Führung große Teile der Bevölkerung Westdeutschlands der Adenauer-Politik unterzuordnen, die Spaltung der Arbeiterklasse Westdeutschlands aufrechtzuerhalten und die Arbeiterklasse Westdeutschlands von der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik zu trennen. Das gab ihm auch die Möglichkeit, Westdeutschland zur Hauptbasis der NATO auszubauen und zur direkten Vorbereitung des Krieges gegen die Deutsche Demokratische Republik überzugehen. Im Juli 1961 faßte die Adenauer-Regierung ihre Politik in der aggressiven Forderung zu-